

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 129-2014
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0777

Eingereicht am: 10.06.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Aebersold (Bern, SP) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne)
Streit-Stettler (Bern, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Preisgünstiger Wohnungsbau im Kanton Bern: Neue Instrumente und Wege prüfen

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie in den Städten und Gemeinden der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden kann. Der Bericht an den Grossen Rat soll insbesondere folgende Aspekte behandeln:

- a. Instrumente und Möglichkeiten nach heutiger Gesetzgebung, die es den Gemeinden ermöglichen, mit raumplanerischen Instrumenten den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern
- b. Kommunale Strategien, Ansätze und Anreize im Bereich der Raumplanung zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus
- c. Landabgabe von Bund, Kanton und Gemeinden zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den preisgünstigen Wohnungsbau
- d. Finanzielle und steuerliche Instrumente des Kantons und der Gemeinden für eine aktive Wohnbaupolitik zugunsten preisgünstiger Mietwohnungen
- e. Einbezug und Zusammenarbeit mit privaten Landeigentümern, Wohnbauträgern und Bauherren sowie mit den Akteuren bzw. Fachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus
- f. Einbezug und Vernetzung von Gemeinden, die preisgünstige Mietwohnungen schaffen möchten

Begründung:

Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen fürs Wohnen werden von der Politik bestimmt. Doch die Zeichen sind widersprüchlich. Der Grosse Rat lehnte am 20. März 2014 die Verlängerung des Gesetzes über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots ab und sprach sich damit gegen eine kantonale Förderung von preisgünstigen Mietwohnungen aus. In der Stadt Bern wurde hingegen die Initiative für bezahlbare Wohnungen am 18. Mai 2014 vom Stimmvolk wuchtig angenommen. Und viele Gemeinden betonten im Mitwirkungsverfahren zum PMG die Notwendigkeit von Beratungs- und Unterstützungshilfen seitens des Kantons bei der Planung, Förderung oder dem Bau preisgünstiger Mietwohnungen in den Gemeinden.

Unbestritten ist: Es sind zusätzliche Bestrebungen, den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern, notwendig. Die Gemeinden und Städte haben zwar bereits heute verschiedene Möglichkeiten, Instrumente und Spielräume der Raumplanung so zu nutzen, dass der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden kann. Doch eine aktive kantonale Wohnbaupolitik ist nicht zu erkennen. Ziel des Postulats ist ein Bericht als Grundlage für ein gemeinsames politisches Verständnis sowie für politische Entscheide zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus.